

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

16.4.2007

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER 5/2007

Betrifft: Anhörung zu „Flexicurity“ am 21. März 2007

In der Anlage erhalten die Mitglieder eine Mitteilung zur Anhörung über „Flexicurity“ am 21. März 2007.

GENERALDIREKTION
INTERNE POLITIKBEREICHE

DIE WICHTIGSTEN FRAGEN, DIE AUF DER ANHÖRUNG ÜBER „FLEXICURITY“ ERÖRTERT WURDEN

Am 21. März 2007 legte Willy Buschack, stellvertretender Direktor von EUROFOUND, seinen Standpunkt zum Thema „Flexicurity“ dar und wurde dazu von Mitgliedern des EP befragt. Kommissionsmitglied Spidla stellte das Grünbuch über Arbeitsrecht vor und beantwortete Fragen. Schließlich nahmen Wissenschaftler (Professor Wilthagen von der Universität Tilburg und Professor Bercusson von der Universität London) Stellung und äußerten sich zu den während der Anhörung diskutierten Punkten.

Im Verlauf der Anhörung hoben die Mitglieder des EP folgende Aspekte hervor:

I) Bedroht „Flexicurity“ unser Sozialmodell?

- Es besteht die Gefahr, dass die derzeit üblichen Arbeitsverträge zum Auslaufmodell werden und wir letztendlich nur noch individuelle Arbeitsverträge haben. Die Arbeitnehmer wären dann weitaus ungeschützter.
- Möglicherweise haben wir „den zweiten Schritt vor dem ersten“ getan, da wir bisher noch nicht sichergestellt haben, dass alle Arbeitnehmer Rechte und den Mindestschutz in Anspruch nehmen können.
- Einige Mitglieder des EP argumentierten, das Grünbuch würde, im Gegensatz zur Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), die sich mit Beschäftigung befasst, Arbeit eher als Ware behandeln. „Flexicurity“ sollte nicht für „flexible Ausbeutung“ stehen.
- Einige Mitglieder des EP erkannten jedoch an, dass „Flexicurity“ ein großer Vorteil für diejenigen sein könnte, die derzeit aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind.

II) Die Umsetzung von „Flexicurity“ ist sehr schwierig.

- Nach Ansicht einiger Mitglieder des EP ist „Flexicurity“ weit davon entfernt, realistisch zu sein, da die hohen Arbeitslosenzahlen eine Umsetzung unmöglich machten.
- Wie würden die Risiken finanziert werden? Wer käme für die Kosten auf? Sind Veränderungen innerhalb unserer Systeme der sozialen Sicherheit wirklich nötig?
- Die EU sollte Arbeitnehmer in der Probezeit unterstützen, da sie in diesem Zeitraum besonders ungeschützt sind.
- Bei der Förderung von „Flexicurity“ sollte das Augenmerk nicht allein auf das Arbeitsrecht gelegt werden, vielmehr müsse die gesamte Struktur der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts verändert werden.
- Aus- und Weiterbildung sind von elementarer Bedeutung, sie sollten Teil von Arbeitsverträgen und Tarifverträgen sein.

III) Einbeziehung von Gewerkschaften und Sozialpartnern unerlässlich

- Was könnte die EU zur Stärkung und Unterstützung der Gewerkschaften und Sozialpartner tun, um das Vertrauen der Arbeitnehmer in diese zu stärken? Die EU könnte den Sozialpartnern und Gewerkschaften eine vorrangige Rolle bei der Förderung von „Flexicurity“ zuweisen.

IV) „Flexicurity“ kann unterschiedlich aussehen, ein einziges Modell gibt es nicht.

- In Europa existieren bereits unterschiedliche „Flexicurity“-Modelle: in Dänemark, in Österreich, den Niederlanden, in Spanien. Es besteht keine Notwendigkeit für ein einziges „Flexicurity“-Modell in Europa.
- Bei der Umsetzung von „Flexicurity“ sollten die verschiedenen Arbeits- und Sozialstrukturen jedes Mitgliedstaats angemessen berücksichtigt werden.
- Verschiedene Arten von Verträgen können nebeneinander existieren, solange sie sich innerhalb eines Gesamtrahmens, des kollektiven Schutzes, bewegen.

V) Was kann die EU nun tun?

- Auch wenn es schwierig ist, sollte eine gemeinsame europäische Definition von Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschaffen werden. Die EU könnte eine europaweite Definition von „Arbeitnehmer“ unterstützen.
- Wir brauchen eine große Debatte über die Rechte und Pflichten von Freiberuflern.
- Sollte die Kommission vor der Umsetzung von „Flexicurity“ nicht sicherstellen, dass die bestehenden Richtlinien ordnungsgemäß umgesetzt werden? Die Kommission wurde beispielsweise dafür kritisiert, dass sie die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie nicht durchgesetzt hätte.